

*Leipziger Soziologiekongress "Entstaatlichung und soziale Sicherheit"
Ad-hoc-Gruppe 15 „Nachhaltige Entwicklung ohne Staat“*

Peter Ullrich, M.A., Leipzig

Gipfel der Heuchelei

Die „Globalisierungskritiker“ und der Weltgipfel von Johannesburg

1 Vorbemerkung

Zu dem Gipfel von Johannesburg, dessen Ergebnisse hier bewertet werden sollen, gibt es aus Sicht der sogenannten globalisierungskritischen Bewegung nichts Gutes zu sagen.

Bewusst beurteile ich aber die Einschätzung der gesamten Bewegung, nicht nur von Attac, als deren Vertreter ich hier bin. Das hat zwei Gründe. Der wichtigste ist, dass Attac ein relativ buntes Gemisch an Ansichten, Ideologien, Strategien, inhaltlichen Schwerpunkten repräsentiert, welches auch fast ein Abbild des Meinungsspektrums der gesamten Bewegung ist¹. Eine Beschränkung auf Attac wäre nur eine künstliche Einengung.

Der zweite und wichtigere Grund ist, dass es zumindest in Deutschland die Tendenz zu geben scheint, in dieser neuen Bewegung nur zwei Gruppen wahrzunehmen: einerseits Attac und andererseits die sogenannten gewaltbereiten Randalierer. Kaum zu öffentlicher Wahrnehmbarkeit in diesem Kontext gebracht haben es z.B. anarchistische Gewerkschaften, kleine Anti-Atom-Basisgruppen oder alte KPs. Dies ist der Funktionsweise der modernen Medien geschuldet, ist aber falsch und entwirft ein schiefes Bild von der Bewegung. Trotz der großen Überschneidungen ist Attac kein Stellvertreter für alle anderen und auch nicht die einzige große und wichtige Kraft. Aber Attac wurde zu einem kleinen Medienliebling. Attac ist schick. Das erkennt man ja auch an der Einladung von Attacies zum Soziologiekongress.

Aber jetzt zur Einschätzung des Gipfels. Ich werde zunächst Phänomenkritik betreiben und in loser Reihenfolge einige Punkte herausgreifen, die an der Konferenz in Johannesburg, ihrer Vorbereitung und ihren Beschlüssen von uns zu kritisieren sind. Danach folgt eine etwas allgemeinere Einschätzung der strukturellen Problematik.

2 Verschiedene Probleme

2.1 Auslassungen

Kritikpunkt Nummer eins bezieht sich auf all die dringenden Probleme, die gar nicht erst aufs Tagungsprogramm kamen. Diese alle aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen.

2.2 Unverbindlichkeit

Kritisiert wird von den sozialen Bewegungen, dass Johannesburg letztendlich hauptsächlich Phrasen zum Ergebnis hat. Es gibt im Abschlusstext durchaus Passagen, die zumindest eine Verbesserung derzeitiger katastrophaler Zustände zu beabsichtigen scheinen. Dazu gehört das Ziel der Armutreduktion. Aber die Beschlüsse sind nicht verbindlich, sie haben also nur symbolischen Wert. Die materielle Macht von Symbolen ist aber beschränkt. Eine Vereinbarung ist nur etwas Wert, wenn ihre Befolgung oder Nichtbefolgung sanktioniert werden kann, also wenn jemand das *Interesse* und die *Macht* hat, die Verpflichtungen zu bedingen.

Interessanterweise ist in den hohlen Phrasen die kritische Begrifflichkeit der sozialen Bewegungen mittlerweile vollkommen vereinnahmt. Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Umweltschutz ist in jedermanns Mund. Alle Länder wie Unternehmen behaupten von sich „in Nachhaltigkeit zu machen“. Beispielhaft steht dafür die VW-Werbung von „nachhaltiger Mobilität“.

2.3 Fehlende Finanzierung

Es fehlt schlicht und einfach an Mechanismen, die gesteckten Ziele zu erreichen, also v.a. zu bezahlen. Verhandelt wurde in Johannesburg über Angelegenheiten, die die ganze Menschheit betreffen, wie Klima, Artenvielfalt, gefährdete Fischbestände, alles in der Sprache der Ökonomie sogenannte Global Public Goods. Es gab viele Worte zum Schutz und zur Verbesserung all dessen. Doch es wurden keine Finanzierungsinstrumente besprochen. Von der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung gibt es ja durchaus Vorschläge, wie die Tobin-Steuer, die dazu dienen könnte internationale Risiken durch Finanztransfers zu minimieren und Projekte auf globaler Ebene zu finanzieren.

Doch diese Nichtfinanzierung der angestrebten Ziele besteht nicht nur auf transnationaler Ebene. Nicht zum ersten Mal haben sich die Industrieländer des Nordens verpflichtet 0,7 Prozent des BSP in die Entwicklungshilfe zu investieren. Diese Marken wurden sämtlich verfehlt und die Tendenz der Entwicklungshilfe ist fallend.

2.4 Selbstverpflichtung für Unternehmen/TYP-II-Partnerschaften

Unternehmen gehören zu den größten Schädigern der globalen Umwelt, zu den großen Verursachern von Menschenrechtsverletzungen und Armut. Im Gegensatz zu Staaten, die oft wenigstens den Anschein erwecken, dass sie im Interesse von Bevölkerungen agieren, dienen diese ganz unverbrämt und ausschließlich dem Shareholder-Value, müssen sich in keiner Weise demokratisch legitimieren und sind im Angesicht der allgemeinen Konkurrenz zu

allem bereit, was eine moralische Sicht dann jeweils Schweinereien oder gar Abscheulichkeiten nenne würde.

Doch die Konferenz von Johannesburg warb statt für Wachsamkeit v.a. für Partnerschaften mit Unternehmen. 700 Firmen waren präsent, und die Chefs von 50 Transnationalen Unternehmen. Diejenigen, deren Wirken zu fatalen Folgen führt, bekamen auf dem Gipfel die Gelegenheit sich mit absolut nicht repräsentativen Vorzeigeprojekten in ein günstiges PR-Licht zu rücken. Verpflichtende Standards in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte, auf Mindestlöhne oder Gewerkschaftsfreiheit wurden hingegen nicht beschlossen.

Würde man die Selbstverpflichtungserklärungen Ernst nehmen, bedeutete das anzunehmen, die Unternehmen würden in Zukunft gewinnminimierende Praktiken befolgen, also plötzlich moralisch handeln. Alle Erfahrungen führen das ad absurdum. Nur weil es auch Unternehmen gibt, die an umweltfreundlichen Techniken verdienen, wird die Macht der Luftverschmutzer nicht geschmälert. Kofi Annans „Global Compact“ ist die Spitze einer Entwicklung, die auch in Johannesburg weiter manifestiert wurde. Sie ist als „Privatisierung der Weltpolitik“ bezeichnet worden. Ich rede davon, dass die Einbindung von Unternehmen in multilaterale Verhandlungen immer offensiver wird. Diese Verfahrensweise wurde in Rio zum ersten Mal massiv praktiziert. Die Ursache dieser Strategie ist z.B. im chronischen Geldmangel der UN begründet, besonders seit die USA unter Reagan mit der Zurückhaltung ihrer Pflichtbeiträge begannen. Dieser Prozess bedeutet eine weitere Reduzierung der Legitimität von Entscheidungen, einen Verlust an Transparenz und Demokratie. Allerdings spiegelt dieser Prozess auch nur die realen Machtverhältnisse wider.

2.5 Subventionspolitik der Reichen

Neben den Worthülsen der Gerechtigkeit, die man auf dem Gipfel viel hören konnte, steht die Tatsache, dass die Politik der G7, von Weltbank und IWF die armen Länder unter dem neoliberalen Banner zu immer weiter gehender Liberalisierung zwingt. Selbst aber betreiben die Reichen z.T. extrem protektionistische Politik, wie etwa die EU und die Vereinigten Staaten in Bezug auf ihren Agrarsektor. Johannesburg brachte da keine Veränderungen. Hier tat sich v.a. Frankreich als ganz und gar nicht nachhaltig, sondern als Bremser einer gerechteren Lösung hervor. Kein Grund also für die europäische Selbstverliebtheit, die sich als „besonders fortschrittlich“ wahrnimmt.

2.6 Weitere Kritikpunkte

Es gab keine Entwicklung hin zu einer eigenständigen UN-Umweltorganisation. Es soll laut Schlusserklärung kostengünstige, nicht nur erneuerbare Energie gefördert werden, für einige Staaten zählt dazu Kernenergie. Die NGOs sind auf dem Kongress systematisch benachteiligt

worden, das betrifft den Zugang zum Kongress, die Freiheit der Bewegung und Äußerung (Protestierende VertreterInnen sind verhaftet worden). Vertreter der Industrie waren in respektablerer Position vertreten, auch öfter als offizielle Mitglieder der nationalen Delegationen. Auch wurde in Johannesburg der Versuch gemacht die kritische Bewegung zu vereinnahmen, indem ein Gegenkongress diesmal gleich Bestandteil des offiziellen Programms war, wenn auch weitab vom offiziellen Verhandlungszentrum. Der Eintritt betrug auch für Einheimische 70 Euro. Allein diese Barriere schloss deutlich jede Menge Kritik aus. Im Umfeld des Gipfels gab es eine höchst problematische Situation in Bezug auf bgl. Grundrechte. Wie bei allen Gipfeln der jüngeren Vergangenheit wurde das Demonstrationsrecht eingeschränkt und Gegnern mit Kriminalisierung gedroht.

3 Das Problem

Johannesburg ist Nachfolger der Rio-Konferenz. Doch gerade Rio kann nicht auf viele Erfolge verweisen. Grundlegende Kennziffern haben sich verschlechtert. Es vergrößert sich der Abstand zwischen Arm und Reich, also zwischen armen und reichen Ländern und in den Ländern auch zwischen Armen und Reichen. In den vergessenen Regionen der Welt prügeln sich Warlords um die letzten Brotkrümel. In den Industrieländern verschärft sich die soziale Situation durch neoliberalen Umbau.

Im Umweltschutz beispielsweise ist eine extrem einschneidende Veränderung notwendig, um schlimmste Folgen unseres Wirtschaftens auch nur abzumildern, aber selbst die technische Fortschrittsgewinne und Effizienzsteigerungen, die erreicht werden, werden durch weiteres quantitatives Wachstum aufgebraucht. Es ist keine Abkehr vom verschwenderischen und zerstörerischen Entwicklungsmodell der Industrialisierung abzusehen. Wie schon in Rio steht der „american way of life“ nicht zur Disposition, wie es schon Bush Senior in Rio verkündet hat. Das grundlegende Problem mit dem wir es hier zu tun haben, ist nicht ein Problem der Mehrebenenverhandlungsmodelle, Steuerungskapazitäten, Koordinationsformen oder Governance-Strukturdefizite. *Der grundlegende Widerspruch besteht zwischen den propagierten Zielen von Armutsreduktion, Nachhaltigkeit, Umweltschutz einerseits und andererseits der realen politischen und ökonomischen Bewegung.*

VertreterInnen der sozialen Bewegung, deren Hauptziele Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenrechte und Umweltschutz sind, haben diese reale Entwicklung unterschiedlich weit gehend charakterisiert. Einig ist sich diese Bewegung, für die es keinen brauchbaren Namen gibt, in der Kritik einiger Punkte, v.a. im Wirken einiger Institutionen des globalen Kapitalismus. Die gesamte Bewegung ist sich einig in der Ablehnung der neoliberalen Agenda und der Institutionen, die sie exekutieren. Das sind v.a. die G7/8-Staaten, der IWF

und die WTO. Deren reale Politik ist nicht sozial und umweltfreundlich, sondern das genaue Gegenteil. Eine Bewertung der Gipfelergebnisse ohne Beachtung dessen ist unsinnig. Ein Verständnis der Prozesse von Rio und Johannesburg ist nur möglich unter Beachtung ihres weltpolitischen Umfelds. Nur wenn man sich mit TRIPS, GATS, WTO, G7 etc. befasst, wo die *wichtigen* Entscheidungen fallen, kann man die hohlen Phrasen durchschauen.

Die Strukturanpassungsprogramme des IWF zerstören soziale Sicherungssysteme.

Das TRIPS führt zu Vernichtung von lokalem nachhaltigen Wissen, zum Beispiel, wenn jahrhundertalte afrikanische Kulturpflanzen durch Unternehmen aus dem Norden patentiert werden können. Die WTO-Verträge verpflichten Regierungen zur Unterlassung von Umweltschutz.

In einer Erklärung aus Johannesburg, die sich auf der Homepage von ATTAC findet, steht folgender Satz: „Der Geist von Rio konnte in Johannesburg nicht wiedergefunden und wiederbelebt werden, weil er im vergangenen Jahrzehnt von der Freihandelsagenda überrollt wurde“. Ich bin hier beim wesentlichsten Punkt: Im Abschlussdokument soll es 200 (!) Bezüge auf die WTO geben, manche Formulierungen sind wörtlich von der letzten Ministerkonferenz in Doha übernommen. Marktzugang wird hier als entscheidender Faktor für Armutsreduktion verstanden. Dies zeigt die unglaubliche Dominanz der WTO. Das Primat des Handels wurde nicht angekratzt.

Viele NGOs feiern es als Erfolg, dass in Johannesburg die WTO-Verträge nicht per se über internationale Umweltvereinbarungen gestellt wurden. Dabei ist es schon Irrsinn, wenn nur die sogenannte „gegenseitige Abhängigkeit von Freihandel und Umweltschutz“ betont wird.

Ergebnis von Mammutkonferenzen dieser Art ist eine Verschmelzung von neoliberaler Globalisierung und Umweltschutz bzw. Entwicklung, wobei letztere eindeutig hintenanstehen.

Dieser Widerspruch ist nur zu offensichtlich und er kann nicht ohne weiteres aufgelöst werden. Die Demonstranten von Seattle, Göteborg und Genua, sehen keinen Lösungsansatz, der nicht einen grundlegenden Wandel beinhaltet. Und dieser grundlegende Wandel kann ausschließlich erreicht werden, wenn eine breite soziale Bewegung auf der Straße Druck macht und sich nicht mit den Phrasen von Schlussdokumenten abfindet, denn von den Regierungen sind keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten, zu denen sie nicht gezwungen werden.

Soziale Bewegung ist ebenso notwendig um den Druck auf die Industrie zu erhöhen, ihre Macht steht jedem unserer Ziele entgegen. Doch derzeit werden die direkten Einflussmöglichkeiten der Unternehmen noch ausgebaut und erweitert (s.o.).

Der Erfolg in Richtung auf einen Wandel hängt in erster Linie davon ab, ob diese Bewegung weiter wachsen kann und ihren Druck noch verstärkt. Dies wird allerdings auch behindert, nicht nur weil die Mobilisierungsfähigkeit auch nur begrenzt ist, sondern durch die massive Kriminalisierung, die die Bewegung erfährt. Die Gewaltorgien in Genua stehen dafür, und die Ausreiseverbote bei allen größeren Protesten der letzten Jahre.

Die Notwendigkeit einer sozialen Bewegung ergibt sich aus den Interessen großer Teile der Weltbevölkerung an einem Politikwechsel. Ihre Wichtigkeit rührt daher, dass sie eine andere Agenda transportiert. Sie tritt als eine Kraft auf, die gegen die Sachzwangargumente der neoliberalen Agenda steht. Diese Bewegung insistiert auf dem politisch gemachten Charakter der Prozesse, die man Globalisierung nennt. Und sie insistiert auf ihrer Gestaltbarkeit.

4 Literatur

Ullrich, Peter, 2002: Gegner der Globalisierung? Organisation und Framing der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua, unveröffentl. Magisterarbeit, online: <http://wwwstud.uni-leipzig.de/~soz96jtv/magister.htm>

Der Autor

Peter Ullrich, M.A., Soziologe und Kulturwissenschaftler, z.Zt. beschäftigt in der Selbständigen Abteilung für medizinische Psychologie und medizinische Soziologie der Uni Leipzig, verschiedene Veröffentlichungen v.a. über Palästina/Israel sowie soziale Bewegung(en), z.B. P. Ullrich (2001): Projektionen. Der Nahostkonflikt und die antideutsche Linke, *Marxistische Blätter* 4-01, Sonderheft: Israel, die Palästinenser und wir, S.105-110, Kontakt: angina8@web.de

ⁱ Für eine ausführliche Darstellung der Bewegung und ihrer Ziele, Geschichte, Organisationsstruktur siehe Ullrich (2002).